

dunktionsdurchschnitt des leichtverflossenen Jahrzehnts neu festgesetzt. Mit der enormen Versteuerung des Trinkbranntweins durch die 140-Mark-Verbrauchsabgabe ist es aber noch nicht getan. Die Schnapsbrenner haben es immer als eine schwere Schädigung ihrer Geldsackinteressen empfunden, daß der für gewerbliche und Brennwecke benötigte Spiritus nicht denselben gesetzlichen „Schutz“ genöß, wie der Trinkbranntwein. Durch seine Rückkontingentierung war er der Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt — der Auslandsmarkt kommt für deutschen Spiritus schon lange nicht mehr in Betracht — ausgesetzt, sein Preis konnte deshalb nicht so in die Höhe geschaubt werden, wie es den Profitgästen der Kunfer eisprach. Iwar hat die agrarische Spirituszentrale das menschenmögliche im Preiswucher getan, ihre Herrlichkeit stand aber so lange auf tönernen Füßen, als die Outfitter des Syndikats sie bedrohten. Dem soll nun zum Teil abgeholfen werden durch die neue Erfindung der Betriebsauflage, die neben der Verbrauchsabgabe noch erhoben wird. Die Betriebsauflage ähnelt der bisher zur Sicherung des jünkerlichen Profits von den größeren Brennereien erhobenen Brennstener, nur mit dem Unterschied, daß sie erheblich höher ist. Die Brennstener beträgt 2 Mf. für einen Hektoliter reinen Alkohol bei 200—300 Hektoliter Jahreserzeugung und steigt bis auf 6 Mf. bei mehr als 1800 Hektoliter Produktion. Die Betriebsauflage aber steigt von 3 Mf. bei einer Produktion bis zu 50 Hektoliter auf 10 Mf. bei über 2000 Hektoliter. Sie wird noch weiter erhöht um 3 Mf. für Brennereien mit Getreideerzeugung und jolde landwirtschaftliche Brennereien, die Kartoffeln und Mais verarbeiten, wenn sie in den Sommermonaten — 16. Juni bis 15. September — weiter arbeiten lassen; ferner müssen alle gewerblichen Brennereien eine um 4 Mf. erhöhte Betriebsauflage zahlen. Die Betriebsauflagen sollen mit dazu dienen, die Produktion des denaturierten Spiritus zu verbilligen, damit durch erhöhten Absatz für gewerbliche Zwecke die infolge der gewaltigen Steuererhöhung für Trinkbranntwein zweifellos eintretende Konsumverminderung ausgeglichen werden kann. Um nun die Betriebsauflage zu ihrem höchsten Satz auf den Preis aufzuschlagen zu können, wird die Kontingentierung des Trinkbranntweins ergänzt durch das Kontingent für denaturierten Spiritus in der Form des Brennrechts. Landwirtschaftliche Brennereien, die das ihnen zustehende Brennrecht überschreiten, müssen für den Überbrand eine erhöhte Brennstener zahlen, die im Minimum 18 Mf. und bei gewerblichen Brennereien 22 Mf. beträgt. Das Brennrecht oder der Durchschnittsbrand wird nach der durchschnittlichen Produktion der letzten zehn Jahre festgesetzt, wodurch die ostelsischen Kunfer besonders begünstigt werden. Gewissen landwirtschaftlichen Brennereien sind außerdem noch Steuerermäßigungen gewährt.

Das sind die charakteristischsten Schönheiten des neuen Steuerungslums, von dem die liberalen Blätter rühmen, daß es eine „wesentliche Vereinfachung der bestehenden Gleichgebung“ bedeute. Bemerkt sei nur noch, daß gleichzeitig auch noch der Eingangszoll für ausländische Brantweine und Liköre, der bisher 160 und 240 Mf. pro Doppelgentner betrug, auf 225 bis 300 Mf. hinaufgeschraubt werden soll. Zur Charakteristik des im höchsten Grade „gemeingesährlichen“ Wechselsatzes braucht itäfleitstetlinge hinzugefügt zu werden. Es ist ein so unverschämtes Produkt agrarisch-jünkerlicher Raubgier, daß es alle bisherigen Leistungen auf diesem Gebiete mit Ausnahme etwa des Hollnushertiffs von 1902 weit in den Schatten stellt. Dieser neueste Raubzug auf die Taschen der Armuten der Armen wirkt eher noch abstoßender, weil er gepaart ist mit widerlicher Heuchelei. Auf der einen Seite steht der Entwurf die Liebesgabe etwas herab, um sie auf der andern Seite um so toller in die Höhe treiben zu können, und gleichzeitig die Macht des Spiritushydats gewaltig zu steigern. Man protestiert jetzt, warum die einflussreichen Kreise des Reichstags, wie dieser Tage die bürgerliche Presse berichtete, die Vorlage mit möglichster Beschleunigung und womöglich außerhalb des Rahmens der Reichsfinanzreform durchweisen möchten. Die agrarischen Hochstapler fürchten den Entzündungssturm des Volks und wollen deshalb die Deute vorher in Sicherheit bringen.

monotonen Gesangs. Es war als stimmten da Scharen von Unschönen in die freche Selbstverstellung der Damen auf der Straße ein. Ein seltsamer Kanon der Opfer des Karnevals.

Erst in diesem Augenblick packte Agnes mit Gewalt das ganze Gefühl ihrer Schande. Hestig riss sie ihren Schleier über das Gesicht herab, um die vorstürzenden Tränen zu verbergen, und in eiligem Schritt kehrte sie um und ging den Weg zurück, den sie gekommen war. Nichts mehr hören, nichts mehr sehen wollte sie. Es erschien ihr vor ihr selbst, wie vor einer vom Tritte einer betrunkenen Maske in den Straßenlot gestampften Blume. Sie wollte sich verbergen vor den Augen der Welt, jetzt in die Stille ihres Zimmers, und dann in die Stille des Klosters. Ihr einziger Seufzer war in dieser Stunde: Ach, wäre ich nie aus den geweichten Mauern herausgekommen!

In hastigem Gange hatte sie ihr Elternhaus erreicht, leise schloß sie die Tür auf und trat ein. Aber als sie nach der Treppe ging, da sah sie auf jener Kuhbank einen Strauß liegen, aus einem Blatt des umhüllenden Seidenpapiers quollen rote Rosen hervor. Da sank das gefaltete Mädchen vor dem Polster in die Knie, heftig riss sie die Hülle ab und tauchte das ganze Gesicht in die frischen, kühlen Rosen und sog mit tiefen Atemzügen den süßen, reinen Duft ein.

Wohl hatte gegen die Werbung des Doktors um die Hand seiner Tochter nichts Ernstliches einzutwenden, er zweifelte nur, ob Agnes die Werbung annehmen werde und war sehr erstaunt, den Freier in dieser Hinsicht ganz seiner Sache sicher zu sehen. Er begriff nicht, was ein Mädchen an einem so pedantischen Burschen finden könnte. Frau Ella beglückwünschte das Brautpaar mit grösster Herzlichkeit.

„Nun schen Sie,“ sagte sie zu dem Bräutigam, „habe ich es Ihnen nicht gelogen: Bureden hilft.“

Da lachte Borden doch ein vielzahndes Schmunzeln nicht ganz unterdrücken. „Ja, ja, ich habe ihr zugeredet.“

Reichstag.

22. Sitzung. Sonnabend, 8. März, nachm. 2 Uhr.
Am Bundesratstisch: Krause.

Die zweite Beratung des Postkata wird beim Titel Staatssekretär fortgesetzt.

Abg. Jubell (Soz.): Die standesüben Unterschleife im Ressort der Marineverwaltung sollten die Postbehörde veranlassen, beim Verkauf von Ultimmaterial ihre Submissionsbedingungen zu ändern, und es nicht wie bisher nur an 10 bis 11 Firmen zu vergeben. In dieser Beziehung kann das Verfahren der Postbehörde nicht als mustergültiges, sondern als abschreckendes Beispiel gelten. Die gehobenen Stellen der Unterbeamten sollten nur nach Maßgabe bestandener Prüfung vergeben werden, nicht aber nach Empfehlungen der Vorgesetzten. Durch dieses Empfehlungssystem blüht das Schikanieren. Auch sollten die Prüfungen der Unterbeamten weit mehr den schlechten Schulverhältnissen angepaßt werden, aus welchen diese Beamten hervorgehen. Es werden Ihnen aber die verwickeltesten Fragen vorgelegt. Die Postbehörde sollte Unterrichtskurse für die Unterbeamten einführen. (Sehr richtig! rechts u. b. d. Nat.-Lb.) Es könnten dienstfreie Vor- und Nachmittage zu diesem Zweck gewährt werden. Allerdings zu anderen Zwecken scheint es bisweilen an Entgegenkommen nicht zu ermangeln. Auf Postamt 08 a. V. ist ein Assistent Scherer, der Traktächen verteilt, für welche die Unterbeamten per Stück 5 Pf. bezahlen müssen. Dilemm gibt man Zeit genug, sich auf seine Predigten, die er in verschiedenen Stadtteilen gehalten hat, vorzubereiten. Man hat ihm mehrfach einen halben Vor- oder Nachmittag eingeräumt. (Hört, hört! bei den Soz.) Da, im vorigen Jahre bekam er sogar vier Wochen Urlaub, um am heiligen Grabe in Jerusalem beten zu können. (Hört, hört! bei den Soz.) Wie kommt der Postdirektor Wegner dazu, zu solchen Zwecken Dienstfreiheit zu gewähren. Sonst ist Herr Wegner nicht wegen eines Nebenmaches an Humanität berühmt. Als ein Beamter sich schwerkrank meldete, hat er ihn verspottet. Der Mann mußte Dienst tun und ist dann nach zehnwöchigem Krankenlager gestorben. Auch sonst fehlt es auf Postamt 08 an vielen, nicht einmal Gelegenheiten sind für die Beamten da, wenn sie ihr mitgebrachte Essen verzehren wollen. Auch der Direktor im Postamt 11 ist stets bei der Hand, alte verdiente Unterbeamte, wenn sie sich krank melden, der Verstellung zu beschuldigen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Zojo alles unsre Postillone benutzt werden, ist manchmal merkwürdig. Als Prinz August nach seiner Heirat in Berlin einzog, wurden 40 Postillone während eines dienstfreien Nachmittags gezwungen, das schöne Bild einzuladen: Wir vinden dir den Jungfernkrans. (Sturmfreie Heiterkeit!) Die Lustige, Postillone an den wenigen dienstfreien Tagen privatim zu beschäftigen, ist überhaupt weit verbreitet. In einem Sonntag nachmittag traf ich einen Unterbeamten in voller Uniform und als ich ihn fragte, ob denn um diese Zeit Briefe bestellt werden, erklärte er mir, es handle sich um Einladungen zur Kirchenwahl, die ihm vom Herrn Pastor Arch übergeben seien. Das ist ein unerhörter Missbrauch von Beamten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Eine freiliniige Resolution will nun die Portofreiheit der Fürsten für die Versendungen der Fürsten, ihrer Gemahlinnen und Witwen bestehen lassen. Diese Resolution genügt uns nicht. Wir wollen Abschaffung des ganzen Privilegs. (Zustimmung bei den Soz.)

Wir protestieren gegen alle diese Missbräuche, von denen ich noch eine Unzahl vorbringen könnte. Vor allem aber protestieren wir, daß die Unterbeamten weiter so behandelt werden, wie es seitens des Postdirektors Wegner geschieht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Linz (Rp.): Ich will dem Vorredner nicht auf die vielen Geblete folgen, die er berichtet hat. (Beifall rechts, Lachen b. d. Soz.) Der neuen Telephongebührenordnung können wir nicht zustimmen, was ich im Gegensatz zu unserem ersten Fraktionssprecher auf diesem Etat (Schmidt-Altenburg) zu erklären habe. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Linz (Rp.): Ich will dem Vorredner nicht auf die vielen Geblete folgen, die er berichtet hat. (Beifall rechts, Lachen b. d. Soz.) Der neuen Telephongebührenordnung können wir nicht zustimmen, was ich im Gegensatz zu unserem ersten Fraktionssprecher auf diesem Etat (Schmidt-Altenburg) zu erklären habe. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Herzog (wirtsh. Bg.): An Ehrenrechten der Fürsten wollen wir nicht rütteln. Doch sind wir nicht angelebt, zu prüfen, ob nicht Missbrauch ohne Vorwissen der Fürsten getrieben wird. Die Telephongebührenordnung zeigt das Bestreben nach gerechterer Verteilung der Lasten. Die Einzelbezahlung ist eben gerechter, als das Pauschalsystem. Wir wünschen die Überweisung der Vorlage an eine besondere Kommission. (Beifall b. d. wirtsh. Bg.)

Agnes schlug mit dem Strauß nach ihm: „Bösewicht!“ „Na, Gott sei dank,“ meinte er, die Rührung abschüttelnd, „das klingt doch eigentlich besser als der ewige gute Junge.“ — — —

Frau von Dahl aber schrieb, nachdem ihre Schwester sie verlassen hatte, einen Abschiedsbrief an Homberg.

Sie wisse selbst nicht, wie das alles auf dem Maskenball so gekommen sei, sie müsse nicht ganz bei Sinnen gewesen sein. Jedenfalls wolle sie eine anständige Frau bleiben, oder sich Mühe geben, es wieder zu werden. Er möge ihr verzeihen und — wenn er sie noch ein wenig lieb habe — sie meiden.

So tief ihr Schmerz, und so ungeheuchelt ihr Gefühl war, sie konnte ihnen keinen Ausdruck geben. Was sie schrieb, klang wie Phrase, und sie hatte die niederdrückende Empfindung, daß es auch auf Homberg so wirken müsse. Und doch war es ihr Ernst mit ihrem Vorfall, ihn nicht wiederzusehen. Sonst hätte sie ihm das alles wohl sagen mögen, er hätte sie dann eher verstanden, und der Bruch wäre nicht so schroff gewesen. Aber sie mißtraute ihrer Kraft, wenn er sie mit den leuchtenden Augen ansah. Mit einem entzündenden Seufzer schloß sie den Briefumschlag und adressierte ihn. Dann ging sie selbst, ihn in den Briefkasten zu werfen.

Müde, mit zerschlagenen Gliedern kam sie von dem kurzen Gange zurück, bereit, sich den legitimten Bärlichkeiten ihres rohen Gatten preiszugeben. Ihr Herz verblutete; aber die Moral hatte wieder einmal gesiegt!

Isolde weinte sich diese Nacht in den Schlaf. Vielleicht wäre sie weniger untröstlich gewesen, wenn sie jetzt schon gewußt hätte, wie wenig nachhaltig ein solcher Sieg der Moral ist. Das Grauen über den verhängnisvollen Zufall mußte sich eher abschwächen, als ihre ungestillte Leidenschaft, und — im nächsten Jahre war ja wieder Karneval.

Ende.

Abg. Orlola (nat.-Lb.): Die Vorlage ist nicht agrarisch. Umgekehrt. Sie kommt den Wünschen der Landwirtschaft nicht voll entgegen. Auch gibt es ja auf dem Lande nicht nur Landwirte, sondern auch viele Arbeiter, Müller, Gewerbetreibende usw. (Sehr richtig! rechts u. b. d. Nat.-Lb.) Es ist zu hoffen, daß die Kommission einen gerechten Ausgleich der Interessen von Stadt und Land findet. (Beifall b. d. Nat.-Lb. und rechts.)

Staatssekretär Krause: Herr Jubell hat zwei Berliner Postdirektoren, namentlich Herrn Wegner, auf das schärfste angegriffen. Herr Wegner ist ein wichtiger, fleißiger, humoristischer Beamter. Ich protestiere gegen die vorgebrachten Behauptungen des Herrn Jubell. Er hätte seine Beschwerden der Reichspostverwaltung mitteilen sollen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Pauli-Potsdam (kons.): erklärt sich namens einer Minderheit der Konservativen gegen die Telephongebührenordnung. Der Entwurf schädigt den Mittelstand. (Hört, hört! links.)

Abg. Gameche (zentr.): Was Postbeamte in ihrer freien Zeit tun, und ob sie religiöse Übungen veranstalten, das ist nicht Sache des Herrn Jubell. Das hierzu Dienstfreiheit verleiht, ist nicht anzunehmen. Einverstanden bin ich mit Herrn Jubell darin, daß die Postverwaltung sachliche Unterrichtskurse einrichten sollte. Redner bittet, daß jedem Beamten von Eintragungen in die Personalakten Kenntnis gegeben wird. Gleichzeitig dies nicht, so geht dem Beamten das Recht der Verteidigung bei Disziplinarverfahren verlustig. Die Geheimnistüre mit den Personalakten ist verderblich, eine entsprechende Resolution werden wir einbringen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Gothein (kons. Bg.): Der angestammte Resolution werden meine Freunde zustimmen. Gegen die gestrige Antwort des Staatssekretärs an meinen Freund Struve, die sehr wenig sachlich und persönlich verleidet war, muß ein jeder von uns als Abgeordneter, ganz abgesehen von der Parteilistung, Verwahrung einlegen. (Lebhafte Beifall links.)

Staatssekretär Krause: Ich sage schon gestern, man kann einmal ein Wort gebrauchen, daß man nachher bedauert. Der Angriff ist nicht von mir, sondern vom Abg. Struve ausgegangen, welcher der Reichspostverwaltung sagte, sie habe falsches Material zusammengetragen und dem Hause vorgelegt. Da sage ich noch einmal, davon versteht der Abgeordnete nichts. (Bravo! rechts.)

Der Titel wird bewilligt. Die Fernsprechgebührenordnung geht an die Budgetkommission. Beim Titel: geheimerne erledigender Sekretäre, Kalkulatoren usw. bittet

Abg. Erzberger (zentr.), der Staatssekretär möge dafür sorgen, daß die Bureaubeamten nicht sechs, sondern acht Stunden durchschnittlich arbeiten.

Staatssekretär Krause: Das geht nicht. Die Herren tuen geleistete Arbeit, die nicht nur im Büro, sondern auch zu Hause geleistet wird.

Der Titel wird bewilligt. Ebenso eine Reihe weiterer Titel behältlos. Beim Titel: Oberpostinspektoren beantragt

Abg. Beck-Heidelberg (nat.-Lb.): die Wiederherstellung der vier von der Kommission gestrichenen Oberpostinspektoren. Abg. Erzberger (zentr.): verteidigt den einstimmig gefassten (hört, hört!) Kommissionsbeschuß und bedauert, daß gerade der Berichterstatter, allerdings als Abgeordneter, die Umsetzung des Beschlusses beantragt. Redner beantragt wegen der sachlichen Beseitung des Hauses Verschiebung der Abstimmung. Wad helfen die schönen Sparmaßnahmen des Reichstags, wenn Ihnen nicht nachgelebt wird. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Die Abstimmung wird verschoben. Ein konservativ-nationalistischer Antrag bezweckt Wiederherstellung der sieben von der Kommission gestrichenen Postmeister erster Klasse.

Abg. Erzberger (zentr.): beläuft auch diesen Antrag und verlangt Verschiebung der Abstimmung. Er müsse sonst namentliche Abstimmung beantragen.

Abg. Beck (nat.-Lb.): spricht für Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Ermel (Soz.): stimmt dem Abg. Erzberger zu, und macht darauf aufmerksam, daß beim nächsten Titel die Budgetkommission die Zahl der Postinspektoren und der Postämter zweiter Klasse vermehrt hat. Man könne doch nicht hier die Regierungsvorlage wieder herstellen und beim nächsten Titel den Antrag der Budgetkommission annehmen, weil dann ja mehr bewilligt werde, als die Regierung verlangt habe. Es müsse daher auch die Abstimmung über den folgenden Titel ausgesetzt werden.

Abg. Erzberger (zentr.): Eigentlichlicherweise hat ein Mitglied meiner Partei schon vor zwei Tagen aus dem Reichspostamt einen Brief erhalten, der Abg. Beck werde die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragen. Das Zentrum möge doch zulimmen. (Hört, hört!) In der Kommission tritt Herr Beck mit uns für Streichung von Lemtern erster Klasse ein, hier für Ihre Vermehrung. Das ist doch nicht logisch. (Abg. Beck: „Vor [Soz.] ruft: Aber national!“ Große Heiterkeit.)

Die Abstimmung über beide Titel wird ausgesetzt. Eine Reihe weiterer Titel werden behältlos bewilligt. Darauf verlädt das Haus die Weiterberatung auf Montag, 2 Uhr, nachher Weingesch.

12. Generalversammlung des Verbands der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Als nächster Punkt steht zur Verhandlung der Kampf gegen die Gefahren der Bleivergiftung. Das Referat hierzu hat Kollege Buschholz, der Rendant der Ortsankenkasse der Maler in Berlin übernommen. Er wendet sich zunächst gegen die Behauptungen aus Unternehmerkreisen, daß die Gefahren der Bleivergiftung maßlos übertrieben seien. Dann schlägt er, wie durch die Eigenart des Malergewerbes die Durchführung der Bundesratsvorschriften zur Bekämpfung der Bleivergiftung unmöglich gemacht werde. Besonders die kleinen Betriebe gefährden den Arbeiter und erschweren die hygienischen Maßnahmen. Leider würden auch die jungen Arbeiter und die Lehrerlinge zu den schädlichsten Arbeiten herangezogen. Die große Fluktuation unter den Malern, besonders der unerlernten Arbeiter während der Saisonarbeit; ungünstig wirken auch die Temperaturverhältnisse und das Ablösen. Durch die niedrigen Arbeitslöhne verursachte schlechte Lebenshaltung schwächt die Widerstandskraft der Arbeiter. Man müsse zu der Schlussfolgerung kommen, daß die überlange Arbeitszeit, materielle Sorgen, die Allordnerung, die Fluktuation, die Schmutzkonturen der Unternehmer untereinander, der Hygienisierung des Malerberufs große Schwierigkeiten bereiten. Von besonderer Wichtigkeit bei der Bleiarbeit ist die Art der Arbeit, hauptsächlich die Holzarbeit und die Pfuscharbeit. Allen Anstreicherarbeiten außerhalb der Werkstätte ist gemeinsam, daß man bei ihnen keine oder ungenügende Waschvorrichtungen entgegen den gebräuchlichen Arbeitsordnungen findet. Aus diesem Grunde ist die persönliche Reinlichkeit nicht durchführbar. Nicht einmal in den Werkstätten des Reichs sind die Bundesratsvorschriften durchgeführt. Außerordentlich gefährlich ist das Abhören der farbigen Farben und die dadurch hervorgerufenen Staubentwicklung in den Arbeitsräumen.